

Signatur: 2026.SR.0139
Geschäftstyp: Postulat
Erstunterzeichnende: Simone Richner (FDP)
Mitunterzeichnende: Ursula Stöckli, Georg Häsler, Nik Eugster
Einreichtdatum: 23. April 2026

Postulat: Raum für Meinungsfreiheit statt Gewalt: Schäden bei Demonstrationen verhindern

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Prüfung der bestehenden Sicherheitsstrategien im Umgang mit unbewilligten Demonstrationen, insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit in der Verhinderung von Gewalt und Sachbeschädigungen sowie möglicher Anpassungen zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung.
2. Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Polizei und anderen Sicherheitsbehörden zur frühzeitigen Intervention bei unbewilligten Demonstrationen und der Einführung eines klaren Deskalationsmanagements.
3. Untersuchung von Massnahmen zur Förderung des Dialogs mit Protestgruppen vor und während geplanter Demonstrationen, um gewalttätige Eskalationen zu verhindern.
4. Prüfung präventiver Aufklärungsprogramme für potenzielle Demonstrationsteilnehmer, insbesondere für junge Menschen, zur Förderung gewaltfreier Meinungsäusserung.
5. Überprüfung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen, um die Haftung für Sachbeschädigungen klar zu regeln und den finanziellen Schaden zu minimieren.

Begründung

Demonstrationen gehören zu einer offenen Stadt. Wer ein Anliegen hat, soll dieses im öffentlichen Raum sichtbar und hörbar machen können. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist ein tragender Pfeiler unserer Demokratie. Gerade deshalb ist es zentral, dass Demonstrationen als Ort der politischen Auseinandersetzung wahrgenommen werden – und nicht als Bühne für Gewalt, Einschüchterung und mutwillige Zerstörung.

Die Ereignisse rund um den Demonstrationzug im Zusammenhang mit der Anstadt haben gezeigt, dass bestehende Ansätze zur Handhabung solcher Proteste nicht immer ausreichen, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten und die Sicherheit aller Beteiligten zu sichern. Sachbeschädigungen, der Einsatz von Pyrotechnik, Vermummung und Einschüchterung führten dazu, dass die eigentliche politische Botschaft in den Hintergrund trat und der öffentliche Raum durch gewalttätige Handlungen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Wo Scheiben eingeschlagen, Fassaden versprayt und private wie öffentliche Infrastrukturen beschädigt werden, leidet nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Es wird auch jene demokratische Kultur beschädigt, auf die friedlicher Protest angewiesen ist. Davon betroffen sind nicht abstrakte Institutionen, sondern ganz konkrete Menschen: Gewerbetreibende, Mitarbeitende, Passantinnen und Passanten, Anwohnende sowie Einsatzkräfte. Wer am Morgen vor beschädigten Schaufenstern steht, wer Lärm, Unsicherheit und Verwüstung erlebt oder wer die Kosten solcher Ausschreitungen mittragen muss, erwartet zu Recht, dass die Stadt alles daransetzt, Gewalt und Sachbeschädigungen im Umfeld von Demonstrationen wirksam zu verhindern.

Es ist daher im Interesse aller Beteiligten, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die friedliche Meinungsäusserung schützen und Eskalationen frühzeitig verhindern. Die bisherigen Konzepte zur Handhabung solcher Vorfälle bedürfen einer umfassenden Überprüfung, um sicherzustellen, dass künftige Demonstrationen im Einklang mit der demokratischen Auseinandersetzung stattfinden

können – ohne dass Gewaltbereite den Ton angeben und den öffentlichen Raum in Geiselhaft nehmen. Der Gemeinderat soll daher prüfen, mit welchen präventiven, organisatorischen und sicherheitsbezogenen Massnahmen Gewalt und Sachbeschädigungen bei Demonstrationen künftig besser verhindert werden können, ohne den legitimen politischen Protest einzuschränken.